

Rückgang der Industrieproduktion im Juni

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Juni 2021 gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,3 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

In allen drei industriellen Hauptgruppen nahm die Ausbringung ab. Die stärksten Einbußen verzeichnete die Investitionsgüterindustrie (-5,8 Prozent). Der Output der Konsumgüterproduzenten verringerte sich im Juni um 1,6 Prozent. Die Vorleistungsgüterhersteller drosselten ihre Produktion leicht um 0,9 Prozent.

In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche ist, schrumpfte der Güterausstoß im Juni kräftig um zwölf Prozent. Auch der Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte Branche ist, produzierte deutlich weniger als im Mai (-5,4 Prozent). In der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die umsatzstärkste Branche des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist, war die Ausbringung um 2,9 Prozent geringer als im Vormonat.

Trotz des kurzfristigen Rückgangs lag die Industrieproduktion in

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jun 2021		Jan bis Jun 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Mai 2021	Jun 2020	Jan bis Jun 2020	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-2,3 % ↓	10,0 % ↑	7,9 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,9 % ↓	15,1 % ↑	7,4 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-5,8 % ↓	8,0 % ↑	19,0 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-1,6 % ↓	-1,4 % ↓	-4,4 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-2,9 % ↓	9,5 % ↑	2,9 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-11,6 % ↓	2,9 % ↑	28,6 % ↑	
Maschinenbau	-5,4 % ↓	16,6 % ↑	20,4 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	-1,8 % ↓	43,7 % ↑	34,5 % ↑	
Inland	-2,4 % ↓	41,8 % ↑	34,1 % ↑	
Ausland	-1,3 % ↓	45,0 % ↑	34,8 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,4 % ↓	34,1 % ↑	26,0 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-4,2 % ↓	62,6 % ↑	59,6 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	16,5 % ↑	17,1 % ↑	-6,7 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-0,2 % ↓	41,7 % ↑	25,8 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-8,4 % ↓	79,2 % ↑	91,6 % ↑	
Maschinenbau	4,3 % ↑	63,5 % ↑	42,2 % ↑	

¹ Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Rheinland-Pfalz im Juni 2021 um zehn Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Allerdings war die Wirtschaft im Juni 2020 noch durch die Folgen der ersten Welle der Corona-Pandemie und der zu ihrer

Bekämpfung verhängten Maßnahmen beeinträchtigt. Gegenüber Februar 2020, als sich die Pandemie noch relativ wenig auf die wirtschaftlichen Aktivitäten auswirkte, ergibt sich im Juni 2021 eine Produktionssteigerung

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





um drei Prozent. Die Ausbringung lag in der Vorleistungs- und in der Investitionsgüterindustrie über dem Vorkrisenniveau (+8,4 bzw. +2,8 Prozent). Die Konsumgüterindustrie produzierte im Juni 2021 hingegen deutlich weniger als im Februar des Vorjahres (-11 Prozent). In den drei umsatzstärksten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie verlief die Entwicklung unterschiedlich: Im Maschinenbau war der Güterausstoß im Juni 2021 um 9,9 Prozent höher als im Februar 2020. Die Chemieindustrie verbuchte einen Zuwachs um drei Prozent. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie lag der Output im Juni 2021 um 1,6 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Auftragseingänge in der Industrie sinken im Juni

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten ist im Juni 2021 gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 1,8 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Aus dem In- und Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im Mai (-2,4 bzw. -1,3 Prozent).

Unter den industriellen Hauptgruppen verzeichnete die Investitionsgüterindustrie den stärksten Rückgang des Ordervolumens (-4,2 Prozent). Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern nahm ebenfalls ab (-2,4 Prozent). Die Konsumgüterhersteller verbuchten dagegen im Juni deutlich mehr Bestellungen als im Monat zuvor (+17 Prozent).

Das Minus in der Investitionsgüterindustrie ist auf die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. In dieser Branche lagen die Bestellungen im Juni um 8,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Im Maschinenbau gingen hingegen 4,3 Prozent mehr Aufträge ein als im Monat zuvor. In der Chemieindustrie blieb das Ordervolumen nahezu unverändert (-0,2 Prozent).

Der bereinigte Auftragseingangsindex war im Juni 2021 mit +44 Prozent deutlich höher als im Juni 2020, in dem die Wirtschaft allerdings noch durch die Folgen der ersten Welle der Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung verhängten Maßnahmen beeinträchtigt war. Aber auch gegenüber Februar 2020, als sich die Pandemie noch relativ wenig auf die wirtschaftlichen Aktivitäten auswirkte, stieg die Nachfrage kräftig (+33 Prozent). Das Inlands- und das Auslandsgeschäft lagen deutlich über dem Vorkrisenniveau.

Die Entwicklung der drei industriellen Hauptgruppen verlief unterschiedlich: Das Ordervolumen der Vorleistungsgüterhersteller war im Juni 2021 um 26 Prozent höher als im Februar 2020. In der Investitionsgüterindustrie lagen die Auftragseingänge um 57 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Die Konsumgüterindustrie hat sich hingegen noch nicht vollständig erholt – die Bestellungen waren im Juni 2021 um zehn Prozent geringer als im Februar 2020. Alle drei großen Branchen verzeichneten Nachfragesteigerungen. In der Kraftwagen- und

Kraftwagenteileindustrie, die sich allerdings schon vor der Corona-Pandemie relativ schwach entwickelte, legte das Ordervolumen gegenüber Februar 2020 sogar um 83 Prozent zu.

Positive Umsatzentwicklung in der Industrie im Juni

Die rheinland-pfälzischen Industrieumsätze stiegen im Juni 2021 gegenüber dem Vorjahreswert deutlich an. Im Vergleich zum Juni 2020 legten sie um ein Viertel zu (Deutschland: +19 Prozent); die Zahl der Beschäftigten wies ein Minus von 0,3 Prozent auf (Deutschland: -1,4 Prozent).

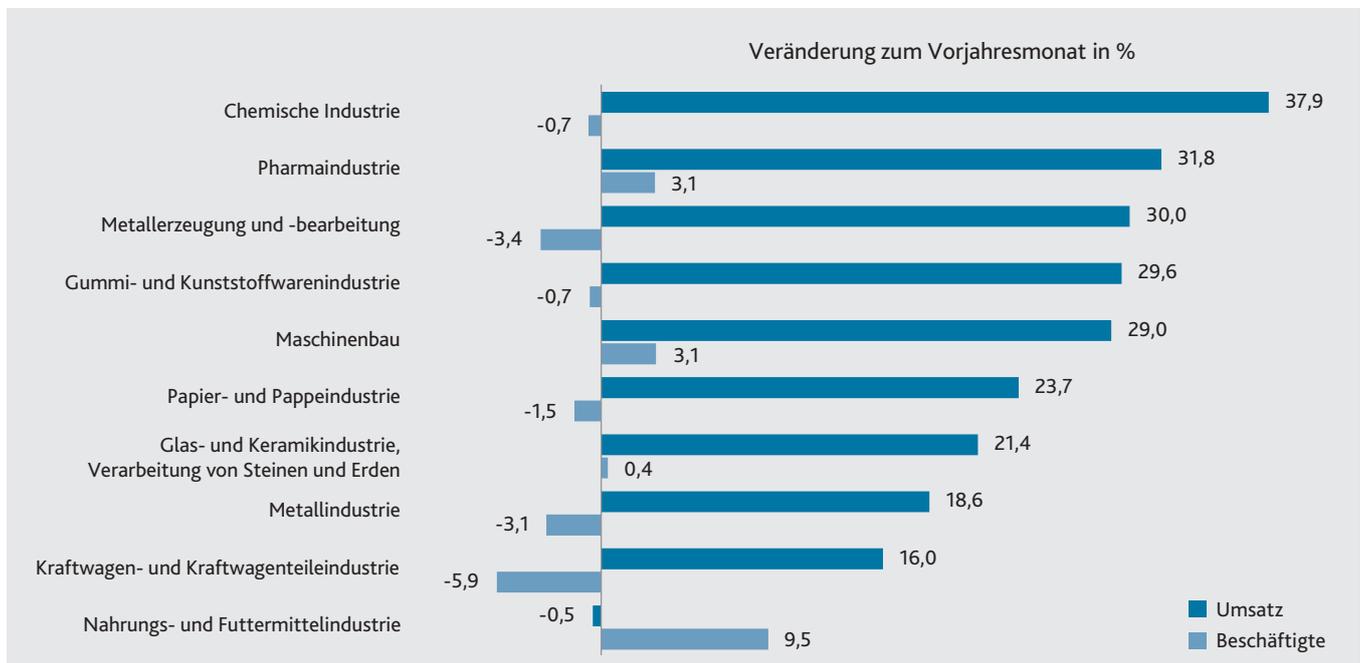
Bei der Einordnung dieser Entwicklung sind die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Juni 2020 zu berücksichtigen. Im Vergleich zum Juni 2019 stiegen die Umsätze um 14 Prozent.

Die Industriebetriebe setzten im Juni 8,3 Milliarden Euro um. Sowohl die Auslands- als auch die Inlandsgeschäfte verzeichneten mit +28 bzw. +21 Prozent deutliche Anstiege im Vergleich zum Juni 2020. Zum Vergleich: In Deutschland stieg der Umsatz aus dem Ausland um 22 Prozent, der aus dem Inland um 17 Prozent. Die rheinland-pfälzische Exportquote lag im Juni 2021 bei 56,3 Prozent und übertraf damit die des Vorjahresmonats um 1,3 Prozentpunkte.

Neun der zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branchen verbuchten Umsatzsteigerungen, die in der Chemischen Industrie mit +38 Prozent und in der Pharmaindustrie mit +32 Prozent am deutlichsten



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Juni 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



ausfielen. Dahinter folgten die Metall-erzeuger und -bearbeiter, die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie der Maschinenbau mit einer Umsatzsteigerung von jeweils rund 30 Prozent. Einzig die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln verzeichneten leichte Umsatzeinbußen von 0,5 Prozent.

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe beschäftigten im Juni 2021 rund 256 000 Personen; das waren 800 Personen bzw. 0,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Beschäftigungsabbau fiel bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erneut am deutlichsten aus (-5,9 Prozent). Die Nahrungs- und Futtermittelhersteller erhöhten ihren Personalbestand um 9,5 Prozent.

Die rheinland-pfälzischen Industrieerlöse lagen im ersten Halbjahr

14 Prozent über den Werten des Vorjahreszeitraums. Die Auslandsumsätze erhöhten sich um 16 Prozent, die Inlandsumsätze um zwölf Prozent. Die Zahl der Beschäftigten sank um 1,6 Prozent.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen im Juni

Die Auftragseingänge und die Umsätze des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes sind im Juni 2021 gestiegen. Kalender- und saisonbereinigt gingen 4,3 Prozent mehr Aufträge ein als im Mai. Die baugewerblichen Umsätze erhöhten sich um 3,4 Prozent.

In der Halbjahresbilanz steht ebenfalls ein Plus: In den ersten sechs Monaten des Jahres lag das Ordervolumen 17 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Allerdings

dürfte zu diesem Zuwachs auch der starke Anstieg der Baupreise in den vergangenen Monaten beigetragen haben. Die baugewerblichen Umsätze waren ein Prozent höher als im ersten Halbjahr 2020.

Der Anstieg der Auftragseingänge im Juni gegenüber dem Vormonat ist auf die günstige Nachfrageentwicklung im Tiefbau zurückzuführen (+12 Prozent). Den stärksten Zuwachs gab es im Straßenbau (+21 Prozent), aber auch im gewerblichen Tiefbau gingen deutlich mehr Bestellungen ein als im Mai (+11 Prozent). Im sonstigen öffentlichen Tiefbau sank das Ordervolumen leicht um 0,5 Prozent. Im Hochbau war die Nachfrage geringer als im Mai (-2,5 Prozent). Kräftige Einbußen gab es im gewerblichen Hochbau (-18 Prozent). Auch der Wohnungsbau verbuchte im Juni

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jun 2021		Jan bis Jun 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Mai 2021	Jun 2020	Jan bis Jun 2020	
Auftragseingang	4,3 % ↑	19,6 % ↑	16,5 % ↑	
Hochbau insgesamt	-2,5 % ↓	28,9 % ↑	22,8 % ↑	
Wohnungsbau	-3,1 % ↓	5,3 % ↑	28,9 % ↑	
gewerblicher Hochbau	-17,9 % ↓	31,8 % ↑	27,0 % ↑	
öffentlicher Hochbau	59,2 % ↑	75,8 % ↑	1,9 % ↗	
Tiefbau insgesamt	11,7 % ↑	12,0 % ↑	10,8 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	10,6 % ↑	20,5 % ↑	20,2 % ↑	
Straßenbau	21,0 % ↑	4,4 % ↑	-7,7 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-0,5 % ↓	19,6 % ↑	41,1 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	3,4 % ↑	5,6 % ↑	1,0 % ↗	
Hochbau insgesamt	4,9 % ↑	12,4 % ↑	6,5 % ↑	
Wohnungsbau	9,0 % ↑	11,6 % ↑	-0,1 % ↓	
gewerblicher Hochbau	3,7 % ↑	23,7 % ↑	19,4 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-1,5 % ↓	-16,2 % ↓	-13,5 % ↓	
Tiefbau insgesamt	1,8 % ↗	-1,3 % ↓	-4,3 % ↓	
gewerblicher Tiefbau	-7,3 % ↓	4,5 % ↑	4,3 % ↑	
Straßenbau	10,1 % ↑	9,1 % ↑	-2,7 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-3,3 % ↓	-20,3 % ↓	-13,5 % ↓	

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

weniger Aufträge als im Monat zuvor (-3,1 Prozent). Demgegenüber stiegen die Bestellungen im öffentlichen Hochbau um 59 Prozent.

Im ersten Halbjahr 2021 lagen die Auftragseingänge sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im Hochbau legte die Nachfrage mit +23 Prozent stärker zu als im Tiefbau mit +11 Prozent.

Im Juni 2021 lagen die baugewerblichen Umsätze im Hoch- und im Tiefbau über dem Niveau des Vormonats. Der Hochbau steigerte seine Erlöse um 4,9 Prozent. Dazu trugen der Wohnungsbau (+9 Prozent) und der gewerbliche Hochbau (+3,7 Prozent) bei. Der öffentliche Hochbau

verbuchte hingegen 1,5 Prozent weniger baugewerblichen Umsatz als im Mai. Im Tiefbau stiegen die Erlöse im Juni um 1,8 Prozent, was auf einen kräftigen Zuwachs im Straßenbau zurückzuführen ist (+10 Prozent). In den beiden anderen Teilbereichen gingen die Umsätze zurück.

Im ersten Halbjahr 2021 erwirtschaftete der Hochbau 6,5 Prozent mehr Umsatz als ein Jahr zuvor; der Grund dafür ist ein starker Anstieg der Erlöse im gewerblichen Hochbau (+19 Prozent). Im Tiefbau lag der baugewerbliche Umsatz hingegen um 4,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Deutlich mehr Baugenehmigungen für neue Wohnungen im ersten Halbjahr

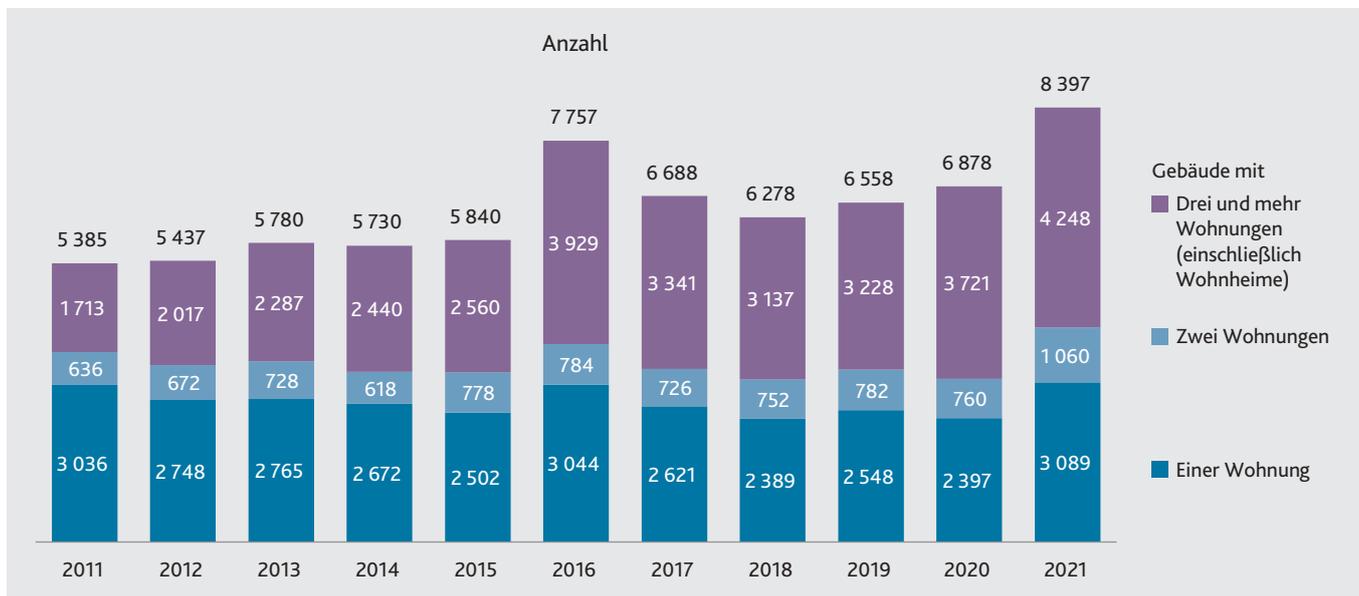
Im ersten Halbjahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz erheblich mehr Genehmigungen für neue Wohngebäude bzw. neue Wohnungen erteilt als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Neubau von 4 120 Wohngebäuden mit insgesamt 8 397 Wohnungen. Das waren über 30 Prozent mehr Wohngebäude und gut 22 Prozent mehr Wohnungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Am stärksten stieg die Zahl der genehmigten Zweifamilienhäuser mit einem Plus von 39 Prozent; es wurden 530 Gebäude mit 1 060 Wohnungen genehmigt. Etwas geringer war der Anstieg bei den Einfamilienhäusern (+29 Prozent auf 3 089 Gebäude) und bei den Mehrfamilienhäusern (+31 Prozent). Die Anzahl der Wohnungen in den Mehrfamilienhäusern legte um rund 14 Prozent auf 4 248 zu.

Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von rund 1,92 Milliarden Euro veranschlagt, 32 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2020.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch über 20 Wohnungen in genehmigten neuen Wohngebäuden. Unter den kreisfreien Städten wies Trier mit 42 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten, Worms mit sechs Wohnungen den niedrigsten Wert auf. In den Landkreisen reichte die Spanne vom Eifelkreis

Genehmigte Wohnungen (Neubau) im 1. Halbjahr 2011–2021 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



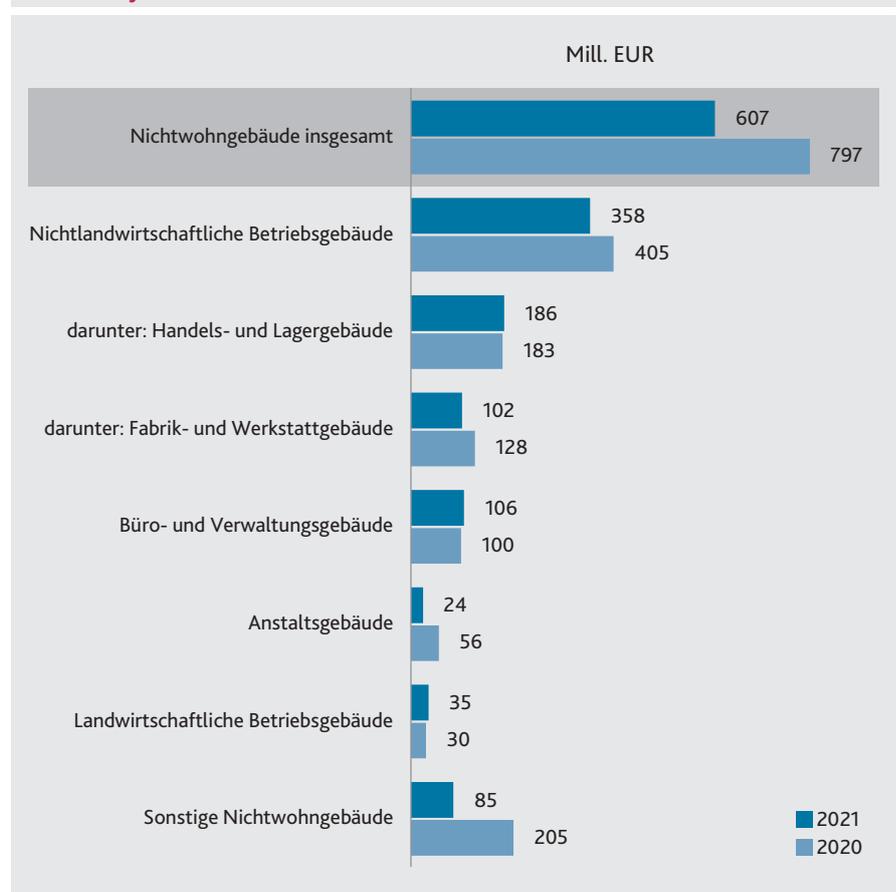
Bitburg-Prüm mit fast 40 Wohnungen bis zum Rhein-Pfalz-Kreis mit knapp acht Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Mehr Baugenehmigungen im Nichtwohnbau im ersten Halbjahr

Die Anzahl der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ist im ersten Halbjahr 2021 spürbar gestiegen. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 701 neuen Nichtwohngebäuden, zehn Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Nach Rückgängen im entsprechenden Zeitraum der vergangenen drei Jahre stieg die Zahl der Genehmigungen im Nichtwohnbau damit im ersten Halbjahr 2021 erstmals wieder an.

Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben sanken hingegen um 30 Prozent auf rund 865 000 Euro; die Summe der Baukosten aller Bauvorhaben reduzierte sich um 24 Pro-

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2020 und 2021 nach Gebäudearten





zent auf rund 607 Millionen Euro. Der umbaute Raum und die Nutzfläche verminderten sich um drei bzw. 23 Prozent.

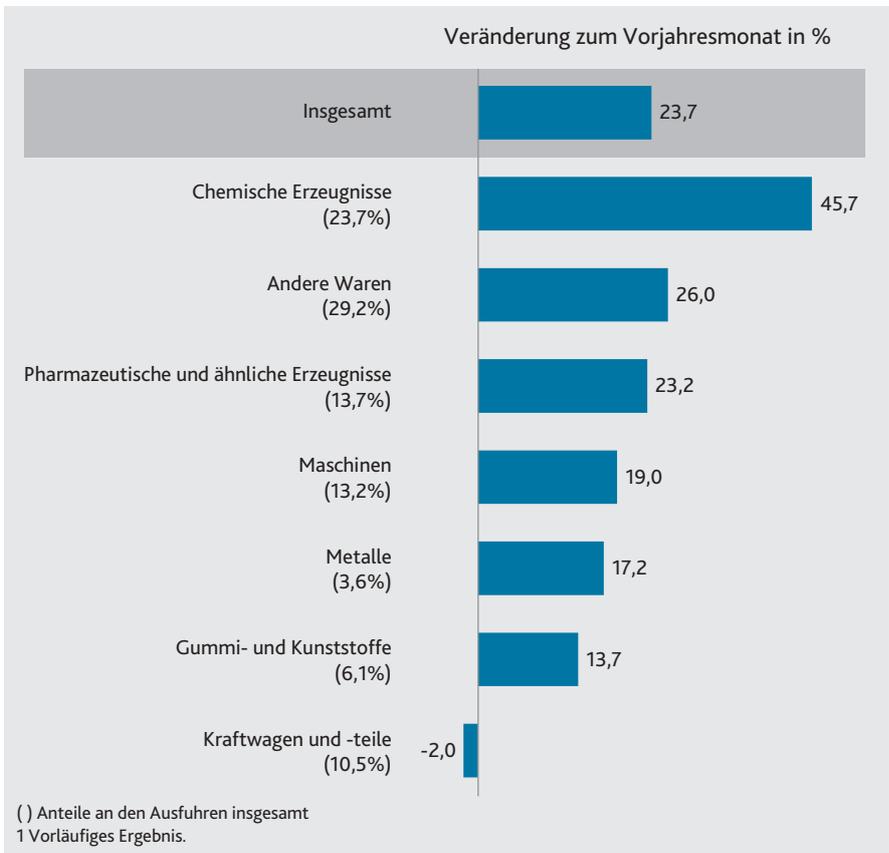
Gut zwei Drittel der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die Zahl der Genehmigungen für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 16 Prozent auf 473. Die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude haben einen Anteil von knapp 15 Prozent. Bei ihnen gab es gegenüber dem ersten Halbjahr 2020 einen deutlichen Anstieg um gut 21 Prozent.

Fast 68 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Anzahl der Baugenehmigungen für diese Bauherren stieg um 9,2 Prozent auf 474. Die zweitstärkste Gruppe bildeten mit rund 24 Prozent die privaten Haushalte; hier war ein deutlicher Anstieg um 31 Prozent auf 165 Genehmigungen festzustellen.

Außenhandel im Juni mit Aus- und Einfuhrplus

Der rheinland-pfälzische Außenhandel konnte auch im Juni 2021 steigende Ein- und Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahreswert verbuchen. Nach vorläufigen Angaben betragen die Exporte 4,8 Milliarden Euro und steigerten sich gegenüber dem Vorjahreswert um 24 Prozent. Die Importe erreichten einen Warenwert

Ausfuhren im Juni 2021¹ nach Güterabteilungen



von 3,6 Milliarden Euro; die Zunahmen betragen hier ebenfalls 24 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland stiegen die Exporte um 24 Prozent und die Importe um 27 Prozent.

Bei diesen Veränderungsdaten ist zu berücksichtigen, dass der Außenhandel in 2020 zum Teil erheblich von der Corona-Pandemie beeinflusst wurde. Die positive Tendenz im Außenhandel zeigt sich allerdings auch bei einem Vergleich mit den Juniergebnissen des Jahres 2019: Die Exporte lagen mit einem Plus von 15 Prozent deutlich über dem Niveau von Juni 2019; die Importe übertrafen den Vergleichswert um 16 Prozent.

Das Exportgeschäft in die EU-Staaten, in die mehr als die Hälfte aller Ausfuhren gehen (Anteil: 55 Prozent), legte um 24 Prozent zu. Noch höhere Steigerungsraten wies der Handel mit den Ländern auf, die nicht der Eurozone angehören (+36 Prozent). Dies liegt vor allem an dem deutlichen Plus von 57 Prozent an Exporten nach Polen. In der Eurozone betrug der Wertzuwachs der Ausfuhren 21 Prozent. Der Anstieg in das übrige Europa fiel mit +58 Prozent am höchsten aus. Dieses deutliche Plus ging vor allem auf die starke Zunahme der Ausfuhren in die Türkei zurück (+470 Prozent). Der Warenwert der Ausfuhren nach Amerika stieg um zehn Prozent

(USA: +5 Prozent). Auch die Exporte in den asiatischen Raum wiesen ein leichtes Plus von sieben Prozent auf.

Sehr hohe Absatzzuwächse verbuchte der Handel mit chemischen Erzeugnissen (+46 Prozent). Mit Abstand folgten die Anstiege bei den pharmazeutischen Erzeugnissen sowie bei Maschinen (+23 bzw. +19 Prozent). Lediglich die Auslandsnachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagenteilen fiel schwächer aus als im Vorjahr (-2 Prozent).

Das Importvolumen lag im Juni bei 3,6 Milliarden Euro und damit 24 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Einfuhren steigerten sich in allen Ländergruppen und nahezu allen Kontinenten. Hauptsächlich stammten die Importe aus den Partnerländern der EU (Anteil: 61 Prozent). Der Einfuhranstieg betrug hier 17 Prozent. Deut-

lich dynamischer entwickelten sich die Einfuhren aus den Ländern der Nicht-Eurozone (+39 Prozent; Zunahme Eurozone: +11 Prozent). Der Warenwert aus dem übrigen Europa stieg ebenfalls deutlich (+44 Prozent). Das Einfuhrplus aus dem asiatischen Raum betrug 22 Prozent und aus Amerika bei 54 Prozent (USA: +58 Prozent).

In den ersten sechs Monaten lagen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegenüber den Vorjahresergebnissen im Plus (+12 bzw. 16 Prozent). Die Exportzunahmen in die Partnerländer der EU beliefen sich auf 21 Prozent; die Importe steigerten sich um 15 Prozent.

Umsätze im Einzelhandel auf Erfolgskurs

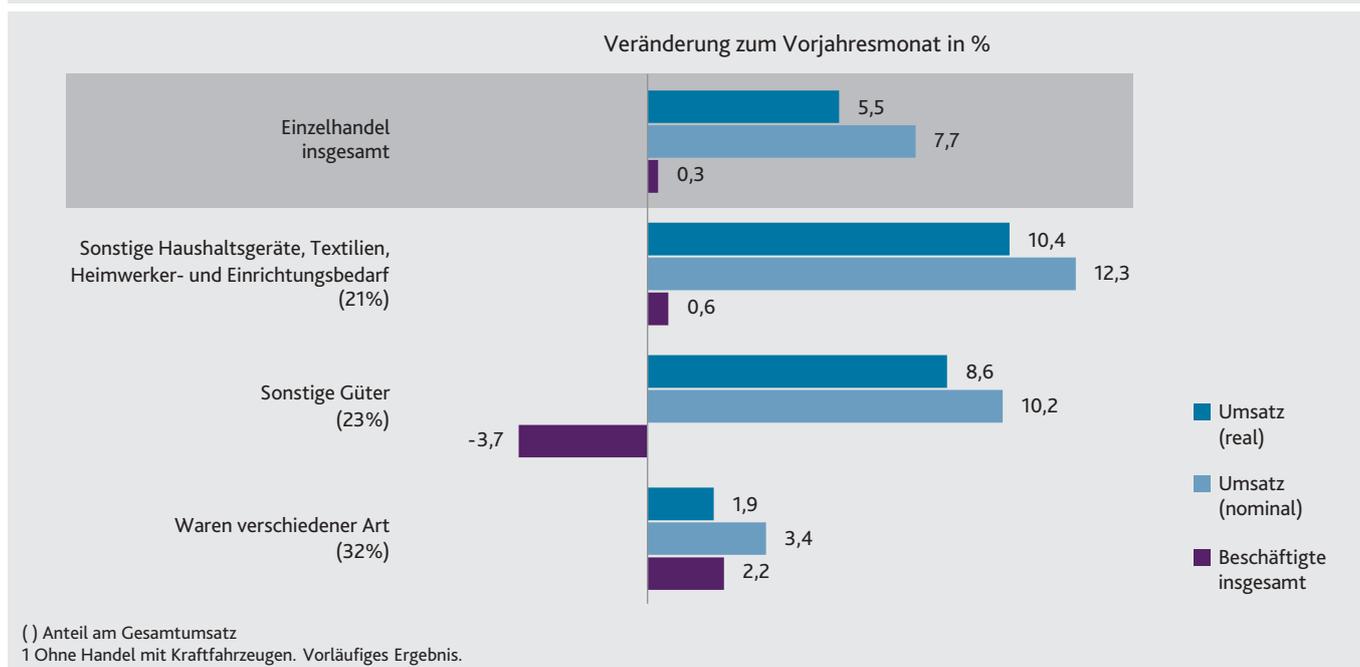
Die Einzelhändler in Rheinland-Pfalz erzielten im Juni deutlich mehr

Umsätze: Sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber Juni 2019, dem Jahr vor Corona, stiegen die Werte an. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 5,5 Prozent über den Ergebnissen des Vorjahresmonats. Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen, betrug der Zuwachs 7,7 Prozent. In Deutschland stieg der Umsatz real um 6,5 Prozent (nominal: +8,5 Prozent).

Deutlich mehr Umsatz als vor einem Jahr erzielte der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (real: +8,2 Prozent; nominal: +11 Prozent). Die realen Erlösanstiege im Lebensmittelsegment betragen 1,7 Prozent (nominal: +3,1 Prozent).

Alle fünf Handelsbereiche erzielten ein reales Umsatzplus. Im umsatz-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im Juni 2021





stärksten Segment, dem Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen (einschließlich Lebensmittel) stiegen die Umsätze im Juni real um 1,9 Prozent. Deutlich besser entwickelten sich die ebenfalls umsatzstarken Bereiche „Sonstige Güter“, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, sowie „Sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ (+8,6 bzw. +10 Prozent). In den umsatzschwächeren Zweigen, dem Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie dem Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik betrug der Anstieg preisbereinigt 2,9 bzw. 6,2 Prozent. Mit einem Plus von 9,3 Prozent gegenüber Juni 2020 liefen die Geschäfte im Internet- und Versandhandel ebenfalls dynamisch.

Der Personalstand im Einzelhandel legte im Vergleich zum Juni 2020 geringfügig um 0,3 Prozent zu (Deutschland: +1 Prozent).

Im ersten Halbjahr wurde im Einzelhandel geringfügig weniger umgesetzt als vor einem Jahr (real: -0,2 Prozent). Preisbedingt lagen die nominalen Umsätze hier mit 1,7 Prozent im Plus. Der Lebensmittelbereich wies ein reales Umsatzplus von zwei Prozent auf; der Non-Food-Bereich hingegen ein Minus von 1,8 Prozent. Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 0,8 Prozent.

Weiterhin Umsatz- und Beschäftigungsrückgänge im Gastgewerbe

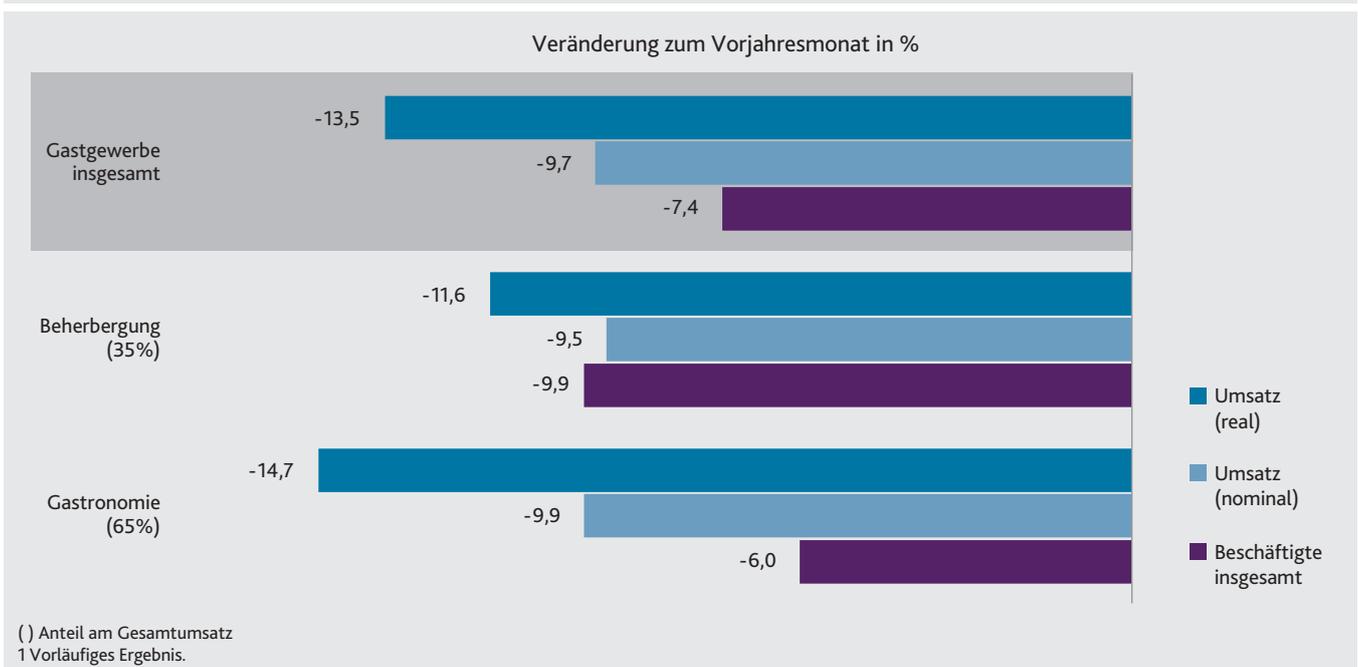
Auch im Juni 2021 konnte das Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz das bereits niedrige Umsatzniveau des Vorjahresmonats nicht erreichen. Nach

vorläufigen Berechnungen sanken die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen, lag das Minus bei 9,7 Prozent.

Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass das Gastgewerbe schon 2020 besonders stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen war. Zur besseren Einordnung ein Vergleich mit den Ergebnissen aus 2019: Gegenüber den Juniwerten 2019 verringerten sich die realen Umsätze um 47 Prozent (nominal: -44 Prozent).

Deutliche Umsatzverluste verzeichnete das Beherbergungsgewerbe (real: -12 Prozent). In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, betrugen

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im Juni 2021



die Rückgänge 15 Prozent. Diese Entwicklung ist auf die Umsatzeinbußen bei den Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben in Höhe von 18 Prozent zurückzuführen. Die Caterer und Erbringer von sonstigen Verpflegungsleistungen erwirtschafteten mit einem Zuwachs um real 16 Prozent als einziger Bereich ein Plus.

Die Zahl der Beschäftigten lag mit -7,4 Prozent deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Im ersten Halbjahr gingen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real um 42 Prozent zurück (nominal: -40 Prozent). Die Umsätze im Beherbergungsgewerbe halbierten sich in diesem Zeitraum (real: -52 Prozent). In der Gastronomie betrug der Verlust real

37 Prozent. Der Beschäftigungsstand im Gastgewerbe war um 21 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Tourismus im Juni weiterhin deutlich unter Vorjahresniveau

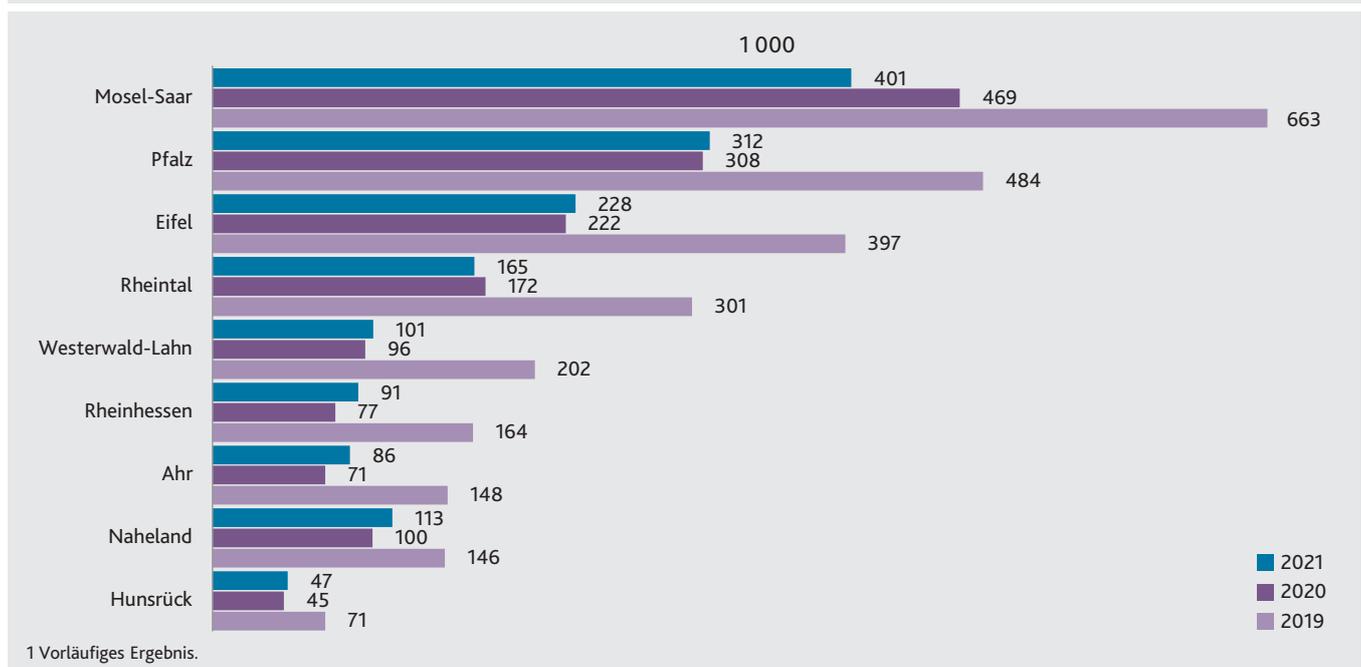
Die schrittweise Aufhebung des Beherbergungsverbots führte im rheinland-pfälzischen Tourismus zu keiner Entspannung. Im Juni 2021 besuchten rund 537 000 Gäste das Land; die Übernachtungen beliefen sich auf 1,5 Millionen.

Die Zahl der Gäste reduzierte sich um 6,1 Prozent und die der Übernachtungen um 0,9 Prozent gegenüber Juni 2020. Der Vergleich mit den Juni-Ergebnissen 2019 verdeutlicht den durch die Corona-Pandemie verursachten Einbruch (Gäste: -47 Prozent; Übernachtungen: -40 Prozent).

Gegenüber den Vorjahresergebnissen erhöhte sich in sieben von neun Tourismusregionen die Zahl der Übernachtungen. Die Region Mosel-Saar, die insgesamt das größte Übernachtungsaufkommen aller Regionen hat, verzeichnete deutlich weniger Übernachtungen als im vergangenen und vorvergangenen Juni.

Über die Hälfte der Betriebsarten der Beherbergung wiesen gegenüber Juni 2020 rückläufige Übernachtungszahlen auf. Insbesondere in Ferienzentren (-11 Prozent), Pensionen (-10 Prozent) und auf Campingplätzen (-9 Prozent) verweilten die Gäste kürzer. Hinsichtlich der Gästezahl verzeichneten die Pensionen mit -18 Prozent, aber auch die Gasthöfe und Campingplätze mit jeweils -14 Prozent die stärksten Rückgänge. Mehr Gäste konnten dagegen die Erholungs-, Ferien- und

Übernachtungen im Juni 2019–2021¹ nach Tourismusregionen





Schulungsheime sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken vermehren (+23 und +19 Prozent).

Im Juni 2021 kamen 92 Prozent der Gäste aus dem Inland. Die rund 490 000 Reisenden aus Deutschland buchten 1,4 Millionen Übernachtungen (-4,1 bzw. +1,5 Prozent gegenüber Juni 2020). Die Zahl der ausländischen Besucherinnen und Besucher verringerte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um knapp ein Viertel; deren Übernachtungen gingen um ein Fünftel zurück.

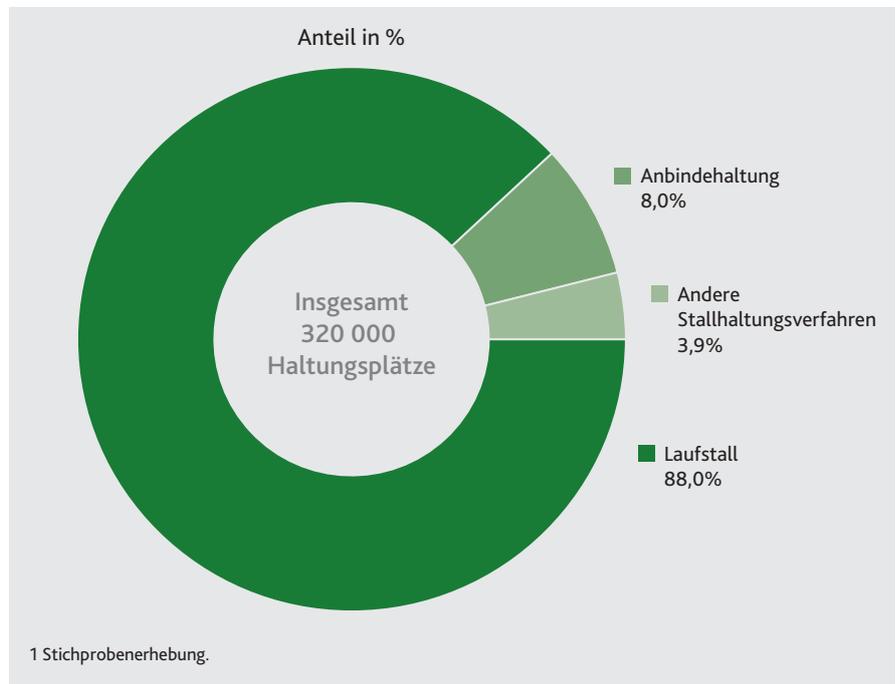
Im ersten Halbjahr besuchte rund eine Million Gäste Rheinland-Pfalz, die 3,5 Millionen Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum reduzierte sich die Zahl der Gäste um 47 Prozent; die Zahl der Übernachtungen verringerte sich um 33 Prozent.

Mehr Freilandhaltung für Legehennen, mehr Laufstallhaltung für Rinder

Landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz verfügten im Jahr 2020 über knapp 1,3 Millionen Haltungsplätze für Legehennen, 320 000 Rinder und 168 000 Schweine. Das wurde anhand der endgültigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020 ermittelt.

In Rheinland-Pfalz verfügten die 3 500 rinderhaltenden Betriebe über rund 320 000 Haltungsplätze; im Jahr 2010 waren es noch 410 000 (-22 Prozent). Diese verteilten sich zu 35 Prozent auf Milchkühe und zu 65 Prozent

Haltungsverfahren¹ von Rindern 2020



auf übrige Rinder. Insgesamt waren in Rheinland-Pfalz 88 Prozent der Haltungsplätze Laufstallhaltung, 3,9 Prozent andere Stallhaltungsverfahren. Acht Prozent der Plätze entfielen auf die sukzessive auslaufende Anbindehaltung. Bezogen auf die absolute Anzahl der Plätze dieser Haltungsfarm entspricht dies einem Minus von 69 Prozent seit 2010.

Etwa 47 Prozent der Rinder hatten im Jahr 2019 Zugang zu einer Weide. Zehn Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei rund 65 Prozent. Im Jahr 2019 weideten rund 43 Prozent aller Milchkühe durchschnittlich 26 Wochen im Jahr für 15 Stunden am Tag. Dieser Mittelwert wurde aus den Angaben aller Betriebe mit Weidehaltung bei Milchkühen ermittelt. Im Vergleich hierzu verbrachten knapp 50 Prozent der übrigen Rinder

im Durchschnitt 33 Wochen im Jahr 13 Stunden am Tag auf der Weide.

Zum Erhebungsstichtag 1. März 2020 hatten in Rheinland-Pfalz 580 Betriebe Haltungsplätze für rund 170 000 Schweine. Im Jahr 2010 waren es noch 1 300 Betriebe (-55 Prozent) mit etwa 280 000 Haltungsplätzen (-40 Prozent). Bei Schweinen spielt die Freilandhaltung nur eine sehr untergeordnete Rolle: Zugang zu einem Auslauf hatten 3,6 Prozent der Tiere. Mit einem Anteil von zwei Drittel (110 000 Haltungsplätze) standen in Rheinland-Pfalz die meisten Haltungsplätze auf Vollspaltenböden zur Verfügung. Plätze auf Teilspaltenböden hatten einen Anteil von 18 Prozent (30 000 Haltungsplätze). Weitere Haltungsverfahren wie Tiefstreu oder planbefestigter Boden

waren in Rheinland-Pfalz von geringerer Bedeutung und kamen zusammen auf einen Anteil von 16 Prozent (27 000 Haltungsplätze). Damit lagen sie geringfügig unter dem Anteil der Teilspaltenböden. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 waren knapp die Hälfte der Haltungsplätze auf Vollspalten- und 30 Prozent auf Teilspaltenböden. Die Schweinehaltung auf Vollspaltenböden ist seit 2010 damit deutlich ausgebaut worden.

Im Jahr 2020 hatten etwa 1 500 Betriebe Haltungsplätze für Legehennen. Insgesamt stieg die Anzahl der Legehennen-Haltungsplätze seit 2010 um rund 55 Prozent von 811 000 auf 1,3 Millionen an. Bodenhaltung (910 000 Haltungsplätze) war mit einem Anteil von 72 Prozent in Rheinland-Pfalz die vorrangige Haltungsform bei Legehennen. Deutlich gestiegen ist der Anteil der Haltungsplätze im Freiland, der sich seit dem Jahr 2010 verfünffachte. Insgesamt 315 000 Legehennen (25 Prozent) wurden im Jahr 2020 im Freiland gehalten.

Die LZ 2020 erfolgte zum Stichtag 1. März 2020. Bedingt durch diesen frühen Termin können Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Landwirtschaft anhand der Ergebnisse nicht dargestellt werden.

Erste Bilanz geht von durchschnittlicher Getreideernte aus

Nach einer ersten Erntebilanz werden die rheinland-pfälzischen Landwirtinnen und Landwirte im laufenden Jahr knapp 1,5 Millionen Tonnen Getreide

ernten, was dem Durchschnittsniveau der Jahre 2015 bis 2020 entspricht. Gegenüber der Vorjahresmenge wäre eine Zunahme von sechs Prozent zu verzeichnen, was auf ein um rund 0,4 Tonnen je Hektar höheres Ertragsniveau zurückzuführen ist. Der durchschnittliche Hektarertrag liegt mit 7,1 Tonnen um 0,5 Tonnen über dem langjährigen Mittel.

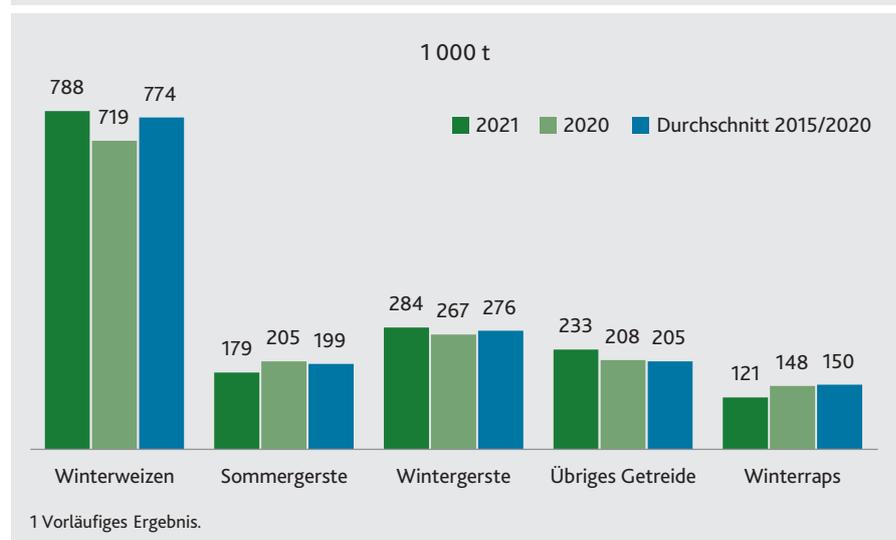
Die kühle Frühjahrswitterung sorgte im Vergleich zu den Vorjahren für eine verzögerte Entwicklung der Bestände. Trockenphasen wie in den vergangenen Jahren haben in diesem Jahr nicht zu Ertragseinbußen im Getreideanbau geführt.

Die Getreidebestände sind im Allgemeinen gut durch den erneut milden Winter gekommen. Aufgrund des außergewöhnlich kühlen Frühjahrs bzw. Frühsommers mit häufigen Nachtfrösten war die Bestandsentwicklung verzögert. Im Vergleich zu den vergangenen drei Trockenjahren

führte die reichliche Niederschlagsversorgung ab Mai bei im Großen und Ganzen moderatem Krankheitsbefall zu einer zwar verzögerten aber guten Bestandsentwicklung. In weiten Teilen des Landes verlief die im Vergleich zu den trockenen Vorjahren um knapp zwei Wochen verzögerte Ernte aufgrund der unbeständigen Witterung mit einigen Starkregenereignissen schleppend.

Getreide wurde 2021 auf 202 600 Hektar angebaut, was einer Flächenabnahme um rund drei Prozent im Vergleich zur Vorjahresfläche entspricht. Die wichtigste Getreideart ist Winterweizen, der auf 98 200 Hektar wuchs (+4,4 Prozent). Der Hektarertrag ist mit 7,6 Tonnen voraussichtlich gut fünf Prozent höher als der sechsjährige Durchschnitt 2015 bis 2020 von 7,2 Tonnen. Die erwartete Erntemenge liegt bei 747 000 Tonnen. Damit entfällt etwas mehr

Getreide- und Winterrapsernte 2020 und 2021¹ nach ausgewählten Fruchtarten





als die Hälfte der Getreideernte auf Winterweizen.

Wintergerste verzeichnet mit 39 900 Hektar im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion der Anbaufläche um fünf Prozent. Damit ist sie die zweitwichtigste Fruchtart auf dem Ackerland. Der durchschnittliche Ertrag von Wintergerste beträgt – nach 6,4 Tonnen im Vorjahr – 7,1 Tonnen je Hektar und wird das langjährige Mittel um etwa zwei Prozent übertreffen. Die für Wintergerste geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 284 100 Tonnen. Das entspricht einem Zuwachs um rund sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr und übertrifft den Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2020 um knapp drei Prozent. Der Anbauumfang der Sommergerste, die vor allem für die Malzherstellung angebaut wird, ist um gut 21 Prozent auf 29 800 Hektar zurückgegangen. Die coronabedingte Bierabsatzkrise führte im vergangenen Jahr zu einem Preisverfall bei Braugerste, worauf mit der Anbaureduktion reagiert wurde. Das Ertragsniveau liegt mit sechs Tonnen je Hektar knapp 13 Prozent über dem mehrjährigen Mittel. Es wird eine Gesamterntemenge von rund 179 000 Tonnen erwartet (–13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr).

Nach deutlichen Flächenzuwächsen 2020 ist die Anbaufläche von Wintereraps 2021 auf 35 900 Hektar zurückgegangen (–4,5 Prozent). Zum Zeitpunkt der Aussaat waren die Böden relativ trocken, die Bestands-etablierung in Folge schwierig, sodass

die Bestände teilweise dünn und ungleichmäßig entwickelt in den Winter kamen. Vielerorts konnten die Rapsbestände die Entwicklungsrückstände ab Mitte April durch gute Entwicklung kompensieren. Der Hektarertrag liegt mit 3,4 Tonnen rund sieben Prozent unter dem mehrjährigen Durchschnitt von 3,6 Tonnen (–14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Die Erntemenge (121 200 Tonnen) wird den langjährigen Durchschnittswert nach den aktuell vorliegenden Zahlen um rund 19 Prozent verfehlen.

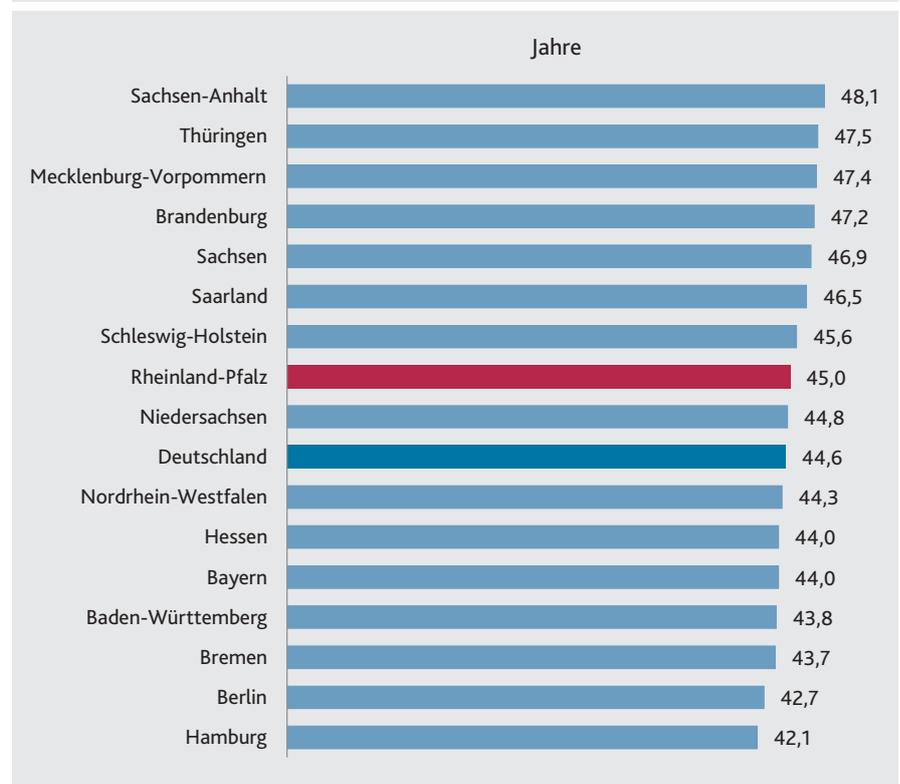
Ertragsermittlungen von Futterpflanzen wie Silomais oder Grünland erfolgen erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Rheinland-Pfalz wird immer älter: Durchschnittsalter 2020 bei 45 Jahren

Das durchschnittliche Alter der rheinland-pfälzischen Bevölkerung lag Ende 2020 bei 45 Jahren und damit 0,4 Jahre über dem Bundesdurchschnitt. Rheinland-Pfalz nimmt damit im Vergleich der Bundesländer einen Platz im Mittelfeld ein. Das geringste Durchschnittsalter wiesen die Stadtstaaten Hamburg (42,1) und Berlin (42,7 Jahre) auf; die ältesten Einwohnerinnen und Einwohner lebten in Sachsen-Anhalt (48,1 Jahre).

Für den Zeitraum 1970 bis 2020 lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg des Durchschnittsalters in Rheinland-Pfalz beobachten; insgesamt

Durchschnittsalter der Bevölkerung 2020 nach Bundesländern



stieg es in diesem Zeitraum um gut neun Jahre. Zwischen 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, und 2020 nahm das Durchschnittsalter der rheinland-pfälzischen Bevölkerung von 40 auf 45 Jahre zu (+13 Prozent). Deutschlandweit erhöhte es sich um 5,3 Jahre (+13 Prozent), in den ostdeutschen Ländern Brandenburg um 10,1 Jahre und Mecklenburg-Vorpommern sogar um 11,6 Jahre (+32 Prozent). Nahezu konstant blieb es in Hamburg, dessen Bevölkerung in 30 Jahren nur um 0,4 Jahre alterte (+1 Prozent).

Zwischen 2000 bis 2010 war in Rheinland-Pfalz ein Zuwachs des Durchschnittsalters um 6,6 Prozent zu verzeichnen; im Zeitraum 2010 bis 2020 erhöhte es sich nur noch um 2,7 Prozent. Diese Entwicklung ist u. a. auf die zuletzt leicht gestiegene Geburtenrate bei konstant hoher Sterberate und anhaltend steigender Lebenserwartung zurückzuführen.

In 15 der 36 rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte und Landkreise liegt das durchschnittliche Alter der Bevölkerung unter dem Landesdurchschnitt von 45 Jahren. In der Stadt Mainz sind die Bürgerinnen und Bürger am jüngsten (41,5 Jahre), dicht gefolgt von den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten Trier und Ludwigshafen (42 bzw. 42,2 Jahre). Dies ist u. a. auf ortsansässige Universitäten und Hochschulen zurückzuführen, die junge Menschen in diese Regionen ziehen. Am ältesten ist die Bevölkerung in der Südpfalz: Hier lag der Altersdurchschnitt

bei fast 48 Jahren. Die Gemeinde mit der jüngsten Bevölkerung im Land war Ende 2020 Dierfeld im Landkreis Berncastel-Wittlich mit 33 Jahren; die Gemeinde hat allerdings nur 14 Einwohnerinnen und Einwohner. In Nitz im Landkreis Vulkaneifel betrug das Durchschnittsalter dagegen 67 Jahre (bei 29 Einwohnerinnen und Einwohnern).

225 Adoptionen im Jahr 2020

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2020 insgesamt 225 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren adoptiert. Dies waren acht mehr als im Vorjahr. In den vergangenen zehn Jahren lag der Wert nur im Jahr 2016 höher, als landesweit 237 Adoptionen abgeschlossen wurden.

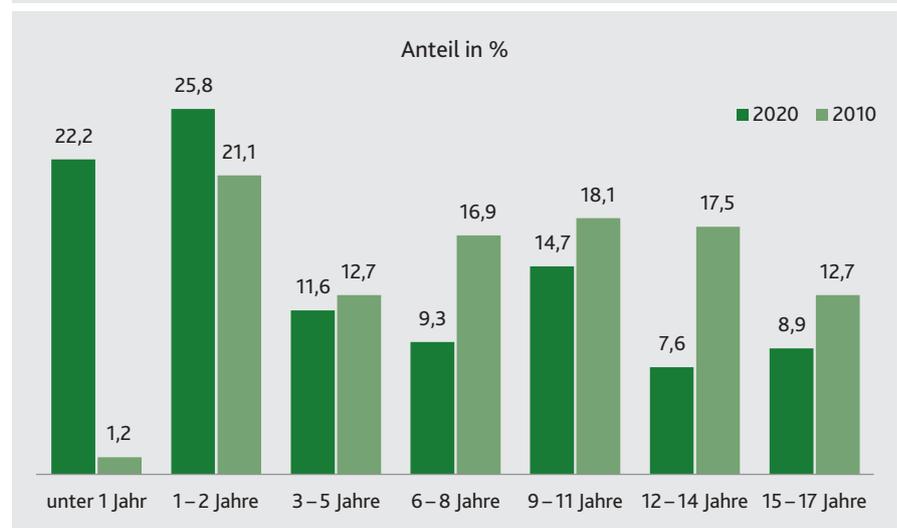
Lediglich 16 Prozent der Adoptionen betrafen Jugendliche ab zwölf Jahren. Knapp die Hälfte aller Mädchen und Jungen (48 Prozent) waren jünger als drei Jahre; rund 22 Prozent hat-

ten noch nicht das erste Lebensjahr vollendet. Der Anteil dieser Jüngsten an allen Adoptionen hat in der vergangenen Dekade deutlich zugenommen – von 1,2 Prozent im Jahr 2010 auf mittlerweile 22 Prozent.

Neun von zehn Kindern hatten die deutsche Staatsbürgerschaft; vor fünf Jahren lag dieser Anteilswert bei lediglich 73 Prozent und ist seither nahezu kontinuierlich angestiegen. In fast 92 Prozent der Fälle hatten beide Adoptiveltern einen deutschen Pass.

Mehr als 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen konnten im Rahmen der Adoption in ihrem vertrauten Umfeld verbleiben, da die Adoptionen durch die Stiefmutter oder den Stiefvater (70 Prozent) oder Verwandte (zwei Prozent) erfolgten. Die Zahl der Adoptionen durch Stiefeltern hat in den zurückliegenden fünf Jahren an Bedeutung gewonnen (+43 Prozent seit 2015), während die Zahl der Adoptiveltern ohne Ver-

Adoptierte Kinder und Jugendliche 2020 nach Altersgruppen





wandtschaftsverhältnis zum Kind im gleichen Zeitraum rückläufig war (-20 Prozent seit 2015).

Die Adoption erfolgte in 14 Prozent aller Fälle direkt nach der Geburt. In den meisten Fällen (71 Prozent) lebten die Kinder vor der Adoption bei mindestens einem leiblichen Elternteil, deutlich seltener in Heimen (acht Prozent) und in Pflegefamilien (vier Prozent).

Zwei Drittel (67 Prozent) der abgebenden Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteile waren zum Zeitpunkt der Adoption ledig; weitere 15 Prozent waren geschieden.

Behörden stellen 2020 fast 3 100 Fälle von Kindeswohlgefährdung fest

Im Jahr 2020 sind die rheinland-pfälzischen Jugendämter insgesamt 9 177 Verdachtsmeldungen zur Kindeswohlgefährdung nachgegangen;

dies waren 444 Fälle bzw. 5,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit wurde ein neuer Höchststand seit Einführung der Statistik über die Gefährdungseinschätzungen im Jahr 2012 erreicht. In jedem dritten Fall (3 088) stellten die Behörden im Ergebnis eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung in Form von Vernachlässigung, körperlicher, psychischer oder sexueller Gewalt fest. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Anzahl der Kindeswohlgefährdungen nahezu konstant (-15 Fälle bzw. -0,5 Prozent).

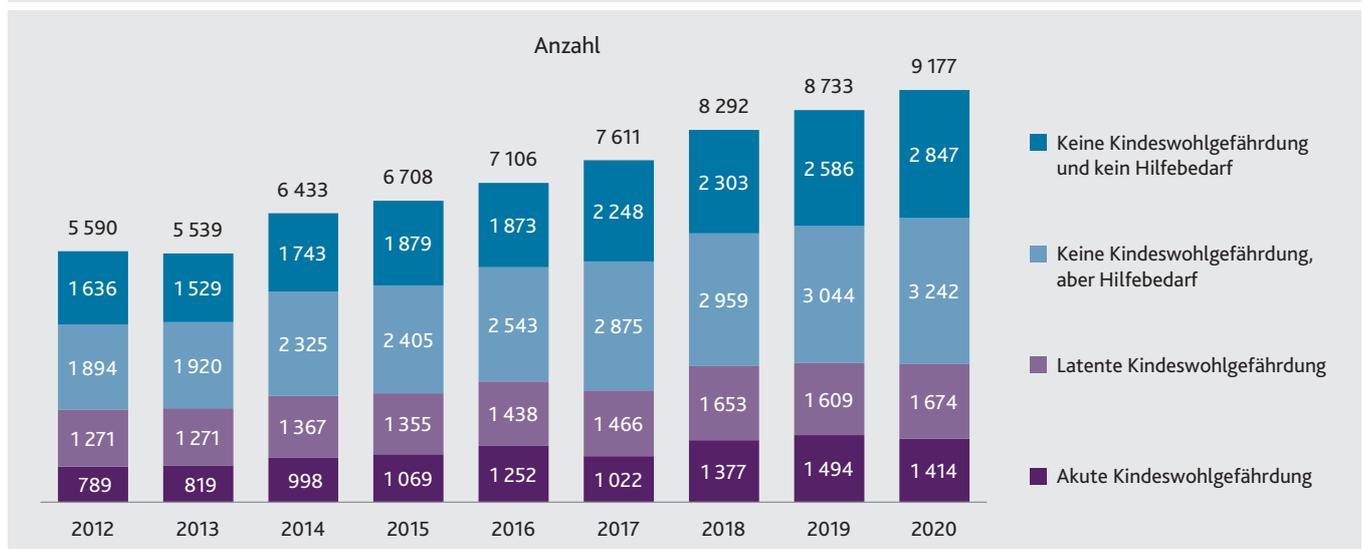
Weiter gestiegen (+198 Fälle bzw. +6,5 Prozent) ist hingegen die Anzahl von Prüfungen, in denen abschließend zwar keine Gefahr für das Kindeswohl vorlag, die Experten jedoch weiteren Bedarf für Beratungs- und Unterstützungsangebote sahen. Jedes dritte Verfahren – landesweit 3 242 Fälle – wurde entsprechend abgeschlossen. Werden die bestätigten Kindeswohlgefährdungen hinzugenommen,

bestand letztlich in fast 70 Prozent aller anfänglichen Verdachtsfälle eine Notwendigkeit zu handeln.

Die meisten Gefährdungseinschätzungen – knapp 30 Prozent – wurden auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft in die Wege geleitet. Danach folgen Verdachtsmeldungen von Bekannten oder Nachbarn sowie anonyme Meldungen mit Anteilswerten von etwa 13 bzw. zwölf Prozent; weitere acht Prozent der Ermittlungen wurden von Schulen angestoßen.

Der Anteil der Verfahren, bei denen abschließend eine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, variierte deutlich zwischen den Gruppen bekanntmachender Personen und Institutionen und reicht von 67 Prozent bei Einrichtungen der Erziehungshilfe bis hin zu 17 Prozent bei Meldungen durch anonyme Personen.

Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung 2012–2020 nach dem Ergebnis des Verfahrens



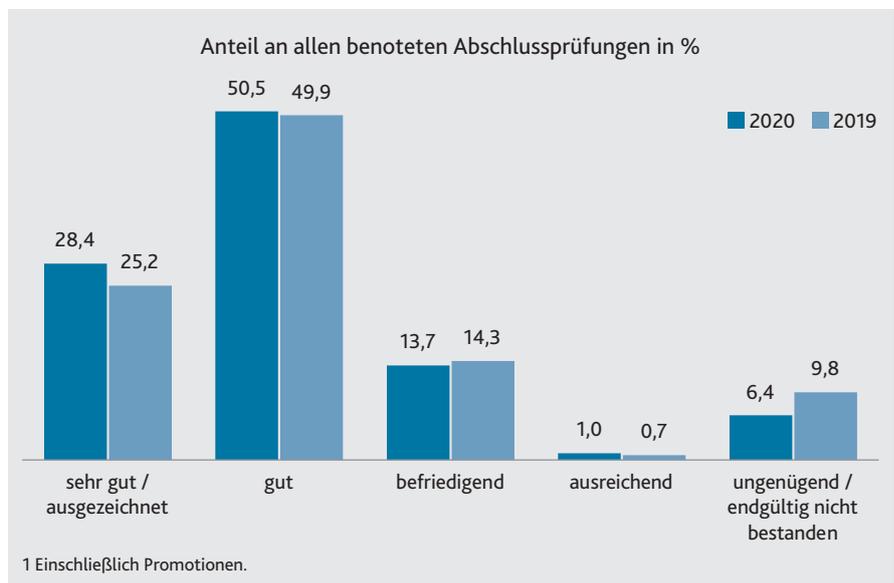
Im Vergleich zum Jahr 2019 hat sich die Anzahl der durch die verschiedenen Gruppen von Meldern angestoßenen Verfahren – möglicherweise beeinflusst durch die Lockdowns und temporäre Schließungen von Einrichtungen – sehr unterschiedlich entwickelt. Deutlich zugenommen haben anonyme Meldungen (+25 Prozent) und Meldungen durch Beratungsstellen (+21 Prozent), Bekannte und Nachbarn (+17 Prozent) sowie Verwandte (+13 Prozent), während Einrichtungen der Erziehungshilfe (-25 Prozent), Kitas und Tagespflegepersonen (-9 Prozent) sowie Schulen (-4 Prozent) merklich weniger Verfahren als im Vorjahr angestoßen haben.

Weniger Hochschulabschlüsse im Jahr 2020 durch Corona

Im Prüfungsjahr 2020 schlossen in Rheinland-Pfalz rund 22 100 junge Erwachsene ihr Hochschulstudium oder ihre Promotion erfolgreich ab. Die Absolventenzahl an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sank gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozent bzw. rund 1 200 Personen. Der Rückgang dürfte im Wesentlichen auf die Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen im Sommersemester 2020 zurückzuführen sein.

Die Mehrzahl der Hochschulen verzeichnete im Sommersemester 2020 vergleichsweise niedrige Absolventenzahlen. Die Universität Trier war davon am deutlichsten betroffen. Die Zahl ihrer Absolventinnen und Absolventen lag im Sommersemester 2020 bei rund 700; im Sommersemester

Abschlussprüfungen 2019 und 2020 nach Abschlussnoten¹



2019 schlossen noch 940 Studierende ihr Studium erfolgreich ab. Das war ein Minus von 25 Prozent. Neben der Universität Trier waren auch alle anderen Landesuniversitäten und die Mehrzahl der rheinland-pfälzischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften vom Rückgang betroffen. Ausnahmen bildeten die WHU Vallendar (+72) und die Hochschule Kaiserslautern (+40), bei denen die Absolventenzahl trotz erschwelter Rahmenbedingungen im Kontext der Corona-Pandemie anstieg.

Im Prüfungsjahr 2020 verbesserte sich die durchschnittlich erreichte Abschlussnote der Absolventinnen und Absolventen auf 2,1; im Jahr zuvor lag sie noch bei 2,2. Dabei stieg insbesondere der Absolventenanteil mit den Noten „ausgezeichnet“, „sehr gut“ und „gut“. Während 2019 etwa 75 Prozent eine gute, sehr gute oder ausgezeichnete Abschluss-

note erlangten, waren es 2020 knapp 79 Prozent. Ein deutlicher Rückgang wurde hingegen bei den nicht bestandenen Prüfungen verzeichnet: Ihre Zahl sank um rund 1 000 Fälle bzw. 40 Prozent. Es ist zu vermuten, dass die geringe Zahl nicht bestandener Prüfungen auf kulante Regelungen im Rahmen der Corona-Pandemie zurückzuführen ist.

Die meisten Erstabschlüsse gab es in der Betriebswirtschaftslehre (650), gefolgt von Germanistik/Deutsch (630) und dem Verwaltungshochschulabschluss „Polizei/Verfassungsschutz“ (470), der zum Polizeidienst qualifiziert. Ein weiterführender Hochschulabschluss wie zum Beispiel der Masterabschluss wurde – wie auch der Erstabschluss – am häufigsten in der Betriebswirtschaftslehre (540) erworben. Auf die Folgeplätze fielen die Grundschulpädagogik/-bildung (510) und die Psychologie (340).

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem BAföG¹ 2010–2020 nach Empfängergruppen²**BAföG-Empfängerzahl sinkt weiter**

Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz rund 26 500 Personen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) finanziell unterstützt, davon 19 800 Studierende und 6 700 Schülerinnen und Schüler. Das war die niedrigste Zahl der BAföG-Geförderten in den zurückliegenden zehn Jahren. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl um acht Prozent.

Seit dem Jahr 1971 werden auf der Grundlage des BAföG Jugendliche und junge Erwachsene finanziell in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung unterstützt, im Wesentlichen um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Die Förderberechtigung, die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab. Zu niedrige Elternfreibe-

träge sowie zu hohe Darlehensanteile werden häufig als Ursache des Rückgangs der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger genannt.

Mit insgesamt 112 Millionen Euro wurden Jugendliche und junge Erwachsene 2020 in Rheinland-Pfalz im Rahmen des BAföG in ihrer Schul-, Hochschul- oder Berufsbildung finanziell gefördert. Mit 75 Prozent stellten die Studierenden die größte Empfängergruppe dar, gefolgt von Schülerinnen und Schülern an berufsbildenden Schulen (19 Prozent). Die Förderung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen (zwei Prozent) und an Abendschulen bzw. Kollegs (fünf Prozent) machten hingegen nur einen geringen Anteil der Gesamtausgaben aus.

Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag, den die Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhielten, ist gegenüber dem Vorjahr um

zwölf Prozent gestiegen; mit 550 Euro empfangen die Geförderten 57 Euro pro Monat mehr als im Vorjahr. Dabei bekamen Schülerinnen und Schüler (482 Euro) 88 Euro weniger als Studierende (570 Euro). Im Jahr zuvor lag der Unterschied bei nur 54 Euro.

Neuer Höchststand bei der Zahl der Beschäftigten an Hochschulen

Die rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen beschäftigten zum Ende des Jahres 2020 rund 28 800 Menschen, davon 15 700 in der Wissenschaft und Lehre sowie 13 100 in der Verwaltung und Technik. Das war die höchste Beschäftigtenzahl seit Beginn der Erfassung in der amtlichen Statistik. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl des Hochschulpersonals um 1,3 Prozent.

Der Zuwachs der Beschäftigten an den rheinland-pfälzischen Hochschulen konnte sowohl beim Verwaltungspersonal (+2,1 Prozent) als auch

Hochschulpersonal 2010–2020 nach Personalart



beim wissenschaftlichen Personal (+0,6 Prozent) beobachtet werden. Zwischen 2010 und 2020 stieg die Zahl der wissenschaftlichen Beschäftigten mit etwa 29 Prozent deutlich stärker als die Zahl der Beschäftigten in der Verwaltung (+19 Prozent).

Unter dem wissenschaftlichen Personal waren Ende 2020 rund 2 100 Professorinnen und Professoren beschäftigt, darunter 107 im Rahmen einer Juniorprofessur. Im Durchschnitt betreute jede Professorin bzw. jeder Professor 59 Studierende. Das beste Betreuungsverhältnis wiesen die kleineren Hochschulen wie die Theologische Fakultät Trier (1:16), die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und die Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (jeweils 1:20) auf. Eine vergleichsweise hohe Studierendenzahl je Professorin bzw. Professor wurde an den Universitäten

Koblenz-Landau (1:114), Trier (1:78) und Kaiserslautern (1:77) verzeichnet.

Neben der unterschiedlichen Betreuungsrelation der Hochschulen zeigten sich auch 2020 noch geschlechterspezifische Unterschiede in der Besetzung der Lehrstühle und Professuren. Während bei den Männern 17 Prozent des wissenschaftlichen Personals Inhaber eines Lehrstuhls oder einer Professur waren, hatten nur acht Prozent der Wissenschaftlerinnen die Stellung einer Professorin. Damit war weniger als ein Viertel der Lehrstühle und Professuren mit einer Frau besetzt.

Im Rahmen der Kultusministerkonferenz (2013) haben Bund und Länder eine Strategie für die Internationalisierung der Hochschulen vereinbart. Ein Ziel war es, verstärkt wissenschaftliche Nachwuchskräfte sowie etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland zu

gewinnen. In Rheinland-Pfalz hatten 2020 rund 2 000 wissenschaftlich Beschäftigte eine ausländische Staatsangehörigkeit (13 Prozent). Die meisten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stammten aus Indien, Italien und China.

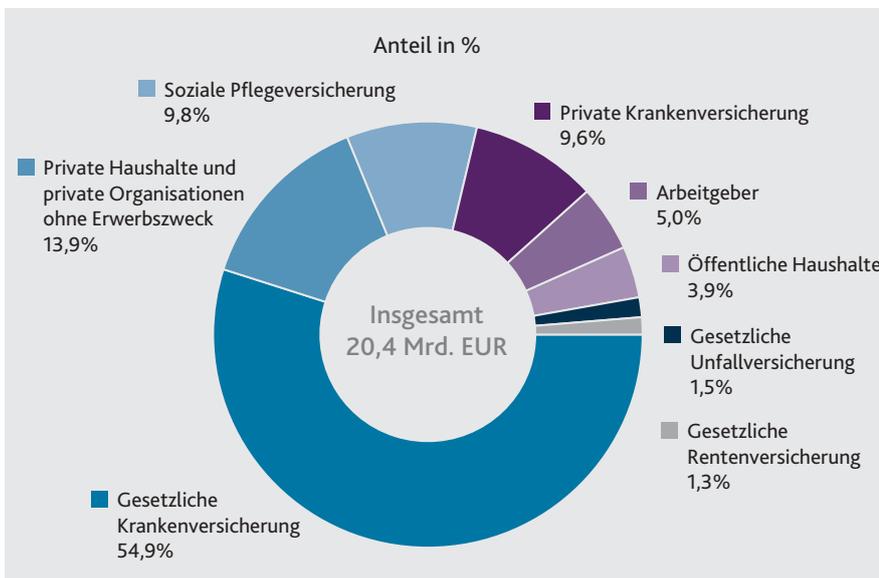
Gesundheitsausgaben 2019 weiter gestiegen

Im Jahr 2019 gaben die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler erstmals mehr als zwanzig Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit aus. Ausgaben in Höhe von 20,4 Milliarden Euro bedeuten einen Anstieg um 4,8 Prozent gegenüber 2018 (Deutschland: +4,9 Prozent).

Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort: Zwischen 2009 und 2019 erhöhten sich die Gesundheitsausgaben im Land insgesamt um 44 Prozent (Deutschland: +46 Prozent). Dies entspricht einer durch-



Gesundheitsausgaben 2019 nach Ausgabenträgern



schnittlichen jährlichen Steigerung um 3,7 Prozent (Deutschland: +3,9 Prozent). Die Gesundheitsausgaben nahmen in diesem Zeitraum somit stärker zu als das Bruttoinlandsprodukt, das in jeweiligen Preisen um durchschnittlich 3,3 Prozent pro Jahr wuchs (Deutschland: +3,5 Prozent).

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf liegen in Rheinland-Pfalz leicht über dem Bundesdurchschnitt. Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner beliefen sich 2019 auf 4 977 Euro (Deutschland: 4 944 Euro).

Die gesetzliche Krankenversicherung trägt mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben – in Rheinland-Pfalz waren es 2019 rund 55 Prozent. Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen im Schnitt 2 734 Euro. Damit lagen der Ausgabenanteil sowie die Pro-Kopf-Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

unter dem Bundesdurchschnitt (57 Prozent; 2 804 Euro).

Einen überdurchschnittlichen Beitrag zu den Gesundheitsausgaben leisten die Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die in Rheinland-Pfalz 2019 für 14 Prozent der Ausgaben aufkamen (Deutschland: 13 Prozent). Zu den Gesundheitsausgaben, die von den privaten Haushalten gezahlt werden, gehören z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gaben 2019 pro Kopf 693 Euro für die Gesundheit aus; bundesweit waren es nur 660 Euro.

An dritter Stelle folgt die soziale Pflegeversicherung. Ihr Ausgabenanteil war mit 9,8 Prozent etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt, der sich

2019 auf gut zehn Prozent belief. Je Einwohnerin und Einwohner tätigte die soziale Pflegeversicherung im Schnitt Ausgaben in Höhe von 486 Euro (Deutschland: 507 Euro).

Die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung haben sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Auch 2019 war sie der Ausgabenträger mit dem stärksten Zuwachs (+6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr; Deutschland: +6,6 Prozent).

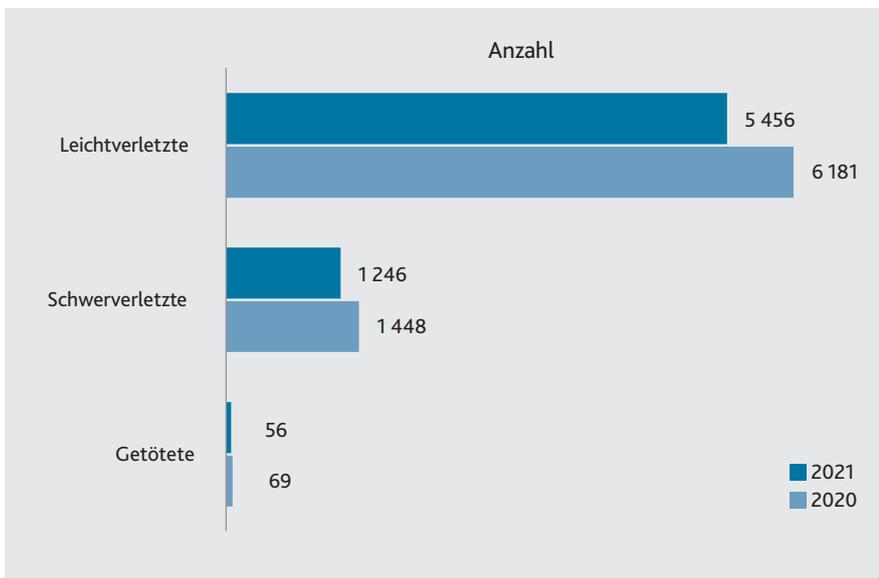
Historisch wenig Verkehrstote im ersten Halbjahr

Von Januar bis Juni 2021 verloren in Rheinland-Pfalz 56 Menschen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren dies 13 Todesopfer weniger als im Vorjahreszeitraum und die geringste Zahl an Verkehrstoten für den Zeitraum Januar bis Juni in den vergangenen Jahren.

Die Zahl der Schwerverletzten ging im ersten Halbjahr 2021 um 14 Prozent auf 1 246, die der Leichtverletzten um zwölf Prozent auf 5 456 zurück. Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 57 310 Straßenverkehrsunfälle und damit 3,4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Darunter waren 51 992 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2020 war dies ein Rückgang um 2,5 Prozent.

Für diese Entwicklung dürften die zu Beginn des Jahres noch geltenden Einschränkungen aufgrund der Corona-

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juni 2020 und 2021



Pandemie und das damit einhergehende geringere Verkehrsaufkommen maßgeblich sein.

Fast 14 Prozent mehr Erbschaft- und Schenkungsteuer im Jahr 2020

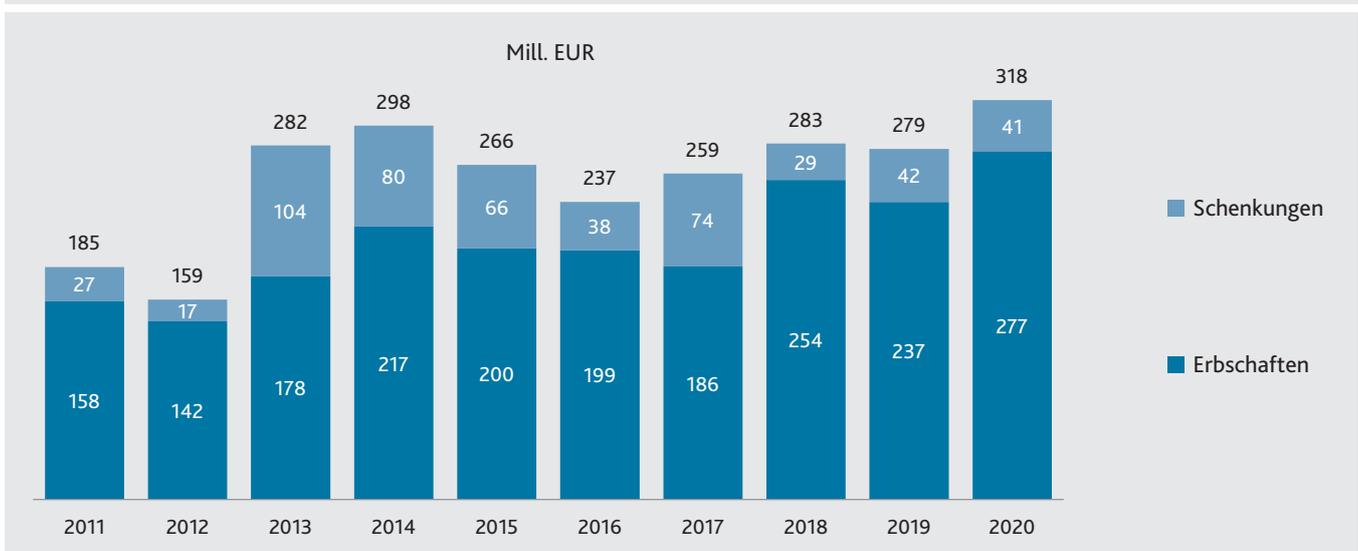
Im Jahr 2020 setzten die Finanzbehörden in Rheinland-Pfalz insgesamt

knapp 318 Millionen Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Das waren 14 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Auf Erbschaften entfielen gut 277 Millionen, auf Schenkungen knapp 41 Millionen Euro. Insgesamt wurden Steuern für 7 137 Erbschaften und 1 462 Schenkungen festgesetzt.

Die 2020 getätigten Festsetzungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer basierten auf veranlagten Vermögensübertragungen in Höhe von gut 2,6 Milliarden Euro. Dabei beliefen sich die Übertragungen aufgrund von Erbschaften auf 2,2 Milliarden (+23 Prozent) und die Übertragungen aufgrund von Schenkungen auf 459 Millionen Euro (-2 Prozent).

Das im Wege von Erbschaften übertragene Vermögen war – gemessen an seinem Wert – hauptsächlich sogenanntes übriges Vermögen sowie Haus- und Grundvermögen. Mit einem Anteil von 58 Prozent dominiert das übrige Vermögen, zu dem vor allem Bankguthaben, börsennotierte Wertpapiere sowie Anteile und Genussscheine zählen. Das Haus- und Grundvermögen kam auf einen Anteil von 33 Prozent. Von dem im Wege von Schenkungen übertragenen Vermögen entfielen gut drei Viertel auf das übrige Vermögen (37 Prozent)

Festgesetzte Erbschaft- und Schenkungsteuer 2011–2020 nach Art des Vermögensübergangs





und das Haus- und Grundvermögen (39 Prozent).

Die Daten für die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik erhält das Statistische Landesamt einmal jährlich vom Landesamt für Steuern in anonymisierter Form. Die Zahlen beinhalten alle unbeschränkt steuerpflichtigen Fälle mit einem steuerpflichtigen Erwerb größer Null, für die 2020 erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde. Wurde eine Festsetzung im Jahr der Erstfestsetzung nachträglich geändert, sind die geänderten Werte dargestellt. Änderungsfestsetzungen aus vorangegangenen Jahren sind nicht ausgewertet.

Die in der Statistik für ein Berichtsjahr nachgewiesenen Vermögensübertragungen sind weitaus niedriger als die in dem betreffenden Jahr tatsächlich erfolgten Vermögensübertragungen. Dies hat zwei Gründe: Zum einen bleiben zahlreiche Erbschafts- bzw. Schenkungsfälle aufgrund mitunter substantieller Steuerbefreiungen steuerfrei und werden daher in der Finanzverwaltung nicht vollzählig erfasst. Zum anderen erfolgt die Steuerfestsetzung nicht zwangsläufig immer in dem Jahr, in dem die Erbschaft bzw. Schenkung angefallen ist.

Die ausgewiesenen Vermögensübertragungen beinhalten ausschließlich diejenigen Erwerbe, bei denen eine

unbeschränkte Steuerpflicht vorliegt und für die ein steuerpflichtiger Erwerb von größer Null festgestellt wurde. Dabei kann es sich auch um sogenannte Sonstige Erwerbe handeln. Sie beinhalten u. a. Erwerbe durch Vermächtnis, Erwerbe aufgrund eines Vertrages zugunsten Dritter und Erwerbe aufgrund eines geltend gemachten Pflichtteilsanspruchs.

Die Höhe der in einem Jahr festgesetzten Steuer entspricht nicht zwangsläufig den vom Land im betreffenden Zeitraum realisierten Steuereinnahmen, da die Begleichung der Steuerschuld unter Umständen erst im Folgejahr erfolgt.